

# NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses  
am Samstag, den 06.02.2021 im Saal der Saalburghalle Obernhain

Sitzungsbeginn: 09:00 Uhr Sitzungsende: 14:12 Uhr

## Ausschussmitglieder:

Matyschik, Oliver - Vorsitzender  
Fuß, Patrick,  
Leist, Kuno  
Rosner, Britta  
Schumann, Klaus  
Sommer, Sebastian  
Sitzmann, Dirk – in Vertretung

## Gemeindevorstand:

Sommer, Gregor - Bürgermeister

## Verwaltung:

Sturm, Benjamin – Schriftführer  
Minet, Volker – FBL Innere Verwaltung

Gäste: 2

Presse: 1

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses waren durch Einladung vom 22.01.2021 unter Mitteilung der Tagesordnung auf den 06.02.2021 einberufen.

Tag, Ort und Zeit waren öffentlich bekannt gegeben.

Nach der Zahl der erschienenen Mitglieder war der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig.

## Tagesordnung:

### **1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.12.2020**

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.12.2020 wird mit 6 Fürstimmen bei 1 Stimmenthaltung angenommen.

### **2 Mitteilungen**

Ausschussvorsitzender Matyschik teilt mit, dass er verschiedene Änderungsanträge zum Haushalt 2021 von den Fraktionen vorab erhalten hat und diese im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutieren lassen wird.

Bürgermeister Sommer informiert über ein Gespräch mit dem Seniorchef des Seniorenheimes. Er teilt mit, dass die Pflegekräfte aufgrund des Corona-Ausbruches teilweise massiv beschimpft werden. Das Pflegeheim tue alles, um den Bewohnern in der aktuellen Situation zu helfen. Dies geschieht in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt. Derzeit werden Reihentestungen durchgeführt.

Zum Thema Kindertagesstätten führt Bürgermeister Sommer aus, dass man bestrebt ist, kurzfristig die Beschaffung von Luftreinigungsgeräten für alle Kitas durchzuführen. Hier hat das Land eine Summe von 50.000 Euro für entsprechende Gerätschaften bereitgestellt.

Bürgermeister Sommer teilt mit, dass im Bereich der Verwaltung aktuell 30 % der Mitarbeiter im Homeoffice sind und man für das Bürgerbüro kurzfristig das Sitzungszimmer im Rathaus zur Verfügung gestellt hat.

### **3 Beratung und Abgabe einer Empfehlung über den Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2021 nebst Stellenplan 2021, Investitionsprogramm sowie mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2021 bis 2024**

Ausschussvorsitzender Matyschik schlägt vor, mit der Haushaltssatzung zu beginnen und dann den Vorbericht näher zu erörtern. Er bittet die Ausschussmitglieder um Mitteilung, sollten Fragen oder Klärungsbedarf zu einzelnen Teilhaushalten bestehen.

In der Haushaltssatzung muss laut Herrn Sturm der Gesamtbetrag der Liquiditätskredite für das Jahr 2021 auf 0,00 EUR festgesetzt werden. Dies liegt an der positiven Entwicklung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres 2020.

Außerdem teilt Herr Sturm mit, dass der geplante Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres in Zeile 35 des Finanzhaushalts auf nunmehr 4.821.357,13 EUR angepasst werden muss.

Ausschussmitglied Schumann schlägt vor, mit der Einsparung aus der Senkung des Kreisumlagesatzes den Hebesatz der Gewerbesteuer zu senken.

Hierüber entsteht eine kurze Diskussion.

Ausschussmitglied Leist teilt hierzu mit, dass die Fraktion der SPD es aktuell bei den vom Gemeindevorstand vorgeschlagenen Hebesätzen belassen wird, da aktuell nicht absehbar ist, wie sich die Gemeindefinanzen aufgrund der Corona-Pandemie weiter entwickeln werden.

Ausschussmitglied S. Sommer schließt sich den Ausführungen von Herrn Leist an und teilt für die Fraktion der CDU mit, dass man bei einem defizitären Haushalt derzeit keine Möglichkeiten für eine Senkung der Steuerhebesätze sehe.

Bürgermeister Sommer weist in diesem Zusammenhang auf die ohnehin unklare Genehmigungslage der Haushaltssatzung 2021 hin und gibt zu bedenken, dass sich die Genehmigungsfähigkeit eines defizitären Haushalts durch die Senkung der Steuerhebesätze nicht verbessern wird.

Stellvertretendes Ausschussmitglied Sitzmann teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90 Die Grünen zu einer Absichtserklärung tendiert, in der festgelegt wird, dass die Hebesätze der Grundsteuer aktuell gehalten werden sollen. Auch hält er es aktuell für nicht angezeigt, die Steuern zu senken.

Ausschussmitglied Schumann ist es wichtig, auf die Corona-Pandemie zu reagieren. Er hält den Haushalt für schlüssig und nachvollziehbar. Sollte eine Senkung der Gewerbesteuer keine Mehrheit finden schlägt er vor, den Hebesatz der Grundsteuer B auf 350 v.H. zu senken,

Ausschussvorsitzender Matyschik weist in diesem Zusammenhang auf die durchschnittlichen Steuerhebesätze im Vorbericht hin und stellt fest, dass die Hebesätze der Gemeinde Wehrheim aktuell schon unter dem hessischen Durchschnitt liegen.

Momentan fahre man den Haushalt auf Sicht. Vor dem Hintergrund, dass ca. 80 % der Kommunen in Hessen die Hebesätze erhöhen werden, sei in Wehrheim viel erreicht, wenn die Hebesätze stabil gehalten werden können. Die Fraktion der CDU könne sich aus diesem Grund einer Senkung der Hebesätze nicht anschließen.

Ausschussmitglied Rosner ergänzt, dass eine Senkung aktuell aufgrund der unklaren Haushaltsentwicklung zu kurz gedacht sei.

Ausschussvorsitzender Matyschik führt weiter durch den Vorbericht.

Zu den Erträgen auf Seite 15 des Vorberichtes teilt Herr Sturm mit, dass hier noch die Bundeswaldprämie in Höhe von 111.000 Euro veranschlagt werden kann, da mittlerweile der Bescheid eingegangen ist. Die Mittel werden unter den Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke eingeplant.

Ausschussvorsitzender Matyschik spricht die Situation der KGW an und fragt, ob im Haushalt entsprechende Mittel für die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die KGW berücksichtigt wurden.

Bürgermeister Sommer antwortet hierzu, dass die Entwicklung derzeit noch nicht absehbar ist und man einen Betrag in Höhe von 150.000 Euro im Haushalt vorgesehen hat.

Ausschussmitglied Schumann fragt nach der Rücklage, die gemäß Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses für die KGW gebildet werden soll.

Herr Sturm antwortet hierzu, dass eine entsprechende Rücklage nur aus Überschüssen des Jahresergebnisses gebildet werden kann. Da bisher Überschüsse in diesem Umfang nicht erzielt werden konnten, wurde eine entsprechende Rücklage noch nicht gebildet.

Stellvertretendes Ausschussmitglied Sitzmann weist auf die hohen Zinsen hin, die die KGW aktuell für bestehende Darlehen leisten muss.

Herr Minet antwortet, dass nach Ende der Zinsbindungsfrist hier bessere Konditionen erreicht werden können.

Der Haupt- und Finanzausschuss bittet die Verwaltung, eine Aufstellung über die bestehenden Darlehen der KGW zu fertigen und vorzulegen.

Im Rahmen des Vorberichtes wird auch der Stellenplan diskutiert.

Hierzu teilt Herr Minet mit, dass die Versorgungsaufwendungen nach einer Neukalkulation insgesamt um 50.000 EUR gesenkt werden können.

Ausschussmitglied Schumann weist auf die noch offene Personalbemessungsstudie hin.

Bürgermeister Sommer und Herr Minet erläutern, dass man aktuell damit begonnen hat, Stellenbewertungen durchzuführen. Dies sei ein erster Schritt und eine notwendige Vorarbeit für eine Personalbemessungsstudie, da hier klar die Aufgabengebiete und Tätigkeiten beschrieben werden.

Derzeit seien 14 Stellenbewertungen erfolgt. Ausschussmitglied Leist bittet die Verwaltung, die Durchführung der Stellenbewertungen abzuschließen. Die Fraktion der CDU schließt sich dieser Bitte an.

Der Haupt- und Finanzausschuss wird regelmäßig über den weiteren Stand der Stellenbewertungen informiert.

Bürgermeister Sommer erläutert die neu geschaffene Stelle für den hauptamtlichen Gerätewart. Er weist darauf hin, dass bisher alle Arbeiten von ehrenamtlichen Kräften durchgeführt wurden und man diese nicht überlasten darf. So habe man sich in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit den anderen Kommunen des Usinger Landes darauf verständigt, einen hauptamtlichen Gerätewart einzustellen, um die ehrenamtlichen Kräfte zu entlasten. In diesem Zusammenhang spricht Bürgermeister Sommer einen großen Dank an die ehrenamtlichen Einsatzkräfte der Feuerwehren Wehrheim aus.

Für den Bereich der Aufwendungen teilt Herr Sturm folgende Veränderungen mit:

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| Kostenstelle 0404-100 | 20.000 EUR für die Planung und Durchführung der Feierlichkeiten zum 975-jährigen Bestehen von Wehrheim.   |
| Kostenstelle 0202-300 | Zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 12.000 EUR für die Anmietung einer Wohnung zur Unterbringung von Obdachlosen.  |
| Kostenstelle 1201-300 | Umwidmung der Aufwendungen für die Fremdreinigung der Straßen in Aufwendungen für Leasing und Unterhaltung einer Kehrmaschine.  |
| Kostenstelle 1303-100 | Zusätzlich 850 EUR für die Anschaffung einer Software für die Erstellung eines Baumkatasters.   |
| Kostenstelle 1601-100 | Reduzierung des Ansatzes um 250.006 EUR auf dann 5.974.294,00 EUR durch die Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage.<br><br>Erhöhung des Ansatzes um 118.882 EUR auf dann 3.167.930 EUR durch die Erhöhung des Hebesatzes der Schulumlage.<br><br>Reduzierung des Ansatzes für die Solidaritätsumlage um 68.650 EUR auf dann 420.141 EUR durch die Aktualisierung der Finanzplanungsdaten. |

Die Veränderungen werden nochmal in einer separaten Veränderungsliste zusammengestellt und dem Haupt- und Finanzausschuss vor Beschluss der Haushaltssatzung 2021 vorgelegt.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die mitgeteilten Veränderungen zur Kenntnis.

Nachdem der Vorbericht beraten wurde und es keine weiteren Redebeiträge der Ausschussmitglieder gibt, schlägt Ausschussvorsitzender Matyschik vor, nun das Investitionsprogramm zu behandeln.

Ausschussmitglied Schumann fragt nach den Einnahmen aus dem Investitionsprogramm der Hessenkasse für den Bau der Sporthalle am Oberloh.

Herr Sturm erläutert, dass der Zuschuss im Jahr 2021 ausgezahlt wird, auf eine Neuveranschlagung der Mittel aber von Seiten der Verwaltung verzichtet wurde.

Nach der Erläuterung der Baumaßnahme P&R Parkplatz Bahnhof Wehrheim (I120120004) durch Bürgermeister Sommer verständigt sich der Ausschuss auf einen entsprechenden Hinweis in den Erläuterungen auf Seite 55, dass hier Kosten in noch

nicht geklärt Höhe auf die Gemeinde zukommen werden.

Für den Bereich der Investitionen teilt Herr Sturm folgende Veränderungen mit:

I060111001	Investitionszuschuss für die Anschaffung eines neuen Bauwagens für den Waldkindergarten + 10.000 EUR.
I080110008	Erhöhung des Ansatzes für den Bau der Einfeldsporthalle Oberloh um 50.000 EUR aufgrund von diversen Nachträgen.
I120110044	Erhöhung des Ansatzes für die Verkehrsanlage Straßenquerung „Am Oberloh“ um 71.000 EUR aufgrund einer aktuellen Kostenschätzung.
I120110052	Reduzierung des Ansatzes 2021 für die Erneuerung der K725 (Bahnhofstraße) um 60.000 EUR auf dann 40.000 EUR.
I120120005	Korrektur der Ansätze für die Umstellung / Erweiterung LED-Beleuchtung gemäß Beschluss vom 18.12.2020 Drucksache VL-45/2020
	Ansatz 2021 neu 399.725 EUR Ansatz 2022 neu 127.600 EUR

Die Veränderungen werden nochmals in einer separaten Veränderungsliste zusammengestellt und dem Haupt- und Finanzausschuss vor Beschluss der Haushaltssatzung 2021 vorgelegt.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die mitgeteilten Veränderungen zur Kenntnis.

**I020311001 Neubau Gerätehaus Wehrheim / I100115003 Neubau Bauhof**

Über die veranschlagten Planungskosten für den Bau des Bauhofes und des Feuerwehrgerätehauses Wehrheim entsteht eine kurze Diskussion, in deren Folge Ausschussmitglied Leist anmerkt, dass die Baukosten, die auf die Gemeinde zukommen werden, aktuell nicht greifbar sind.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist sich darüber im Klaren, dass in den kommenden Jahren enorme Investitionskosten für die geplanten Bauvorhaben entstehen werden und vermutlich nur über Darlehen finanziert werden können.

Stellvertretendes Ausschussmitglied Sitzmann schlägt vor, bereits jetzt entsprechende Beträge für die geplanten Baumaßnahmen in das Investitionsprogramm der Folgejahre aufzunehmen. Ausschussmitglied Schumann schließt sich diesem Vorschlag an.

Bürgermeister Sommer unterbreitet den Vorschlag, für die geplanten Baumaßnahmen Neubau Bauhof (I100115003) und Neubau Feuerwehrgerätehaus Wehrheim (I020311001) für die Jahre 2023 und 2024 jeweils 500.000 EUR im Investitionsprogramm anzusetzen.

Ausschussmitglied Leist kann sich dem Vorschlag von Bürgermeister Sommer anschließen und sieht die Veranschlagung von Baukosten als Willenserklärung für den Neubau Bauhof und den Neubau Feuerwehrgerätehaus Wehrheim.

Ausschussmitglied S. Sommer wünscht sich eine einstimmige Willenserklärung der Ausschussmitglieder.

Ausschussvorsitzender Matyschik fasst zusammen, dass für den Neubau des Bauhofes und den Neubau des Feuerwehrgerätehauses Wehrheim in den Jahren 2023 und 2024

jeweils 500.000 EUR im Investitionsprogramm bereitgestellt werden. Hierbei ist festzustellen, dass sich diese Beträge aufgrund von Kostenschätzungen noch verändern werden. Die jetzt bereitgestellten Beträge sind als Willenserklärung zu verstehen, dass diese Maßnahmen Priorität für die Gemeinde Wehrheim besitzen.

Nachdem es hierzu keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Ausschussvorsitzender Matyschik hierüber abstimmen.

**Beschluss:**

Für den Neubau des Bauhofes und den Neubau des Feuerwehrgerätehauses Wehrheim werden in den Jahren 2023 und 2024 jeweils 500.000 EUR bereitgestellt.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

Bürgermeister Sommer erläutert die Maßnahme I060311004 „Erneuerung Bolzplatzanlage Am Joseph“. Hier soll nun kein wetterunabhängiger Multi-Spielbelag mehr verlegt werden, sondern der vorhandene Platz mit einem neuen Rasen ausgestattet werden.

Ausschussmitglied S. Sommer teilt hierzu mit, dass das der meistgenutzte Bolzplatz in Wehrheim ist und die Jugendlichen sich einen Platz wünschen, der ordentlich bespielbar ist. Er findet den Vorschlag der Ertüchtigung gut.

Bürgermeister Sommer erläutert auf Nachfrage der Ausschussmitglieder die Baumaßnahme „060415000 Neubau / Anbau Kita und teilt hierzu mit, dass es sich bei den geplanten 2,0 Mio. EUR Baukosten nur um geschätzte Kosten handelt.

Die Ausschussmitglieder bitten um Aufnahme eines Zusatzes in den Erläuterungen, dass es sich hierbei nur um geschätzte Kosten handelt.

Herr Minet teilt mit, dass entsprechende Fördermittel bereits beantragt wurden, bisher aber keine Zusage erfolgt ist. Aus diesem Grund wurden bisher auch keine Fördermittel veranschlagt.

Ausschussmitglied Schumann fragt nach dem Bedarf einer neuen Kindertagesstätte, wenn keine Neubaugebiete erschlossen werden und weist darauf hin, dass er eher einen Bedarf an Ganztagschulen sieht.

Bürgermeister Sommer erläutert, dass der Bedarf steigt, dies aber in erster Linie an längeren Betreuungszeiten und der Betreuung der u2-Kinder liegt. Hierdurch verändert sich der Personalschlüssel. Grundsätzlich wird zusätzlicher Bedarf benötigt. Hierbei sind auch die Geburtenzahl und der Zuzug zu betrachten. Gleichzeitig stimmt er zu, dass auch ein Bedarf an Ganztagesbetreuung vorhanden ist. Hier sind allerdings Land und Schulträger in der Pflicht. Wehrheim deckt eine Betreuung bis 16.30 Uhr ab.

Stellvertretendes Ausschussmitglied Sitzmann teilt mit, dass man in der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen grundsätzlich einen neuen Kindergarten unterstützt. Allerdings lehne man große Objekte mit sechs oder mehr Gruppen ab. Weiter teilt er mit, dass der schriftliche Antrag zum Bau einer neuen Kindertagesstätte somit obsolet sei.

Ausschussvorsitzender Matyschik schlägt eine Pause von 15 Minuten vor.

Die Sitzung wird um 12 Uhr fortgesetzt.

**I080120007 Betriebs- und Geschäftsausstattung Freibad Wehrheim**

Ausschussmitglied S. Sommer beantragt, für die Beschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung für das Freibad Wehrheim 5.000 EUR bereitzustellen. Hiervon

sollen aus seiner Sicht notwendige Schließfächer beschafft werden, um die Wertsachen ordnungsgemäß verschließen zu können.

**Beschluss:**

Für die Anschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung Freibad Wehrheim (I080120007) werden 5.000 EUR für das Jahr 2021 eingeplant. Hiervon sollen Schließfächer angeschafft werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**I090112003 Erneuerung historische Stadtmauer Wehrheim**

Ausschussmitglied Rosner beantragt, die Ansätze für die Erneuerung der historischen Stadtmauer für die Jahre 2021-2023 auf jeweils 5.000 EUR zu reduzieren. Sie weist darauf hin, dass hier bereits sehr viel durch ehrenamtliches Engagement erreicht werden konnte.

Nach einer kurzen Diskussion fasst der Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss:

**Beschluss:**

Die Haushaltsansätze der Jahre 2021 bis 2023 für die Erneuerung der historischen Stadtmauer Wehrheim (I090112003) werden jeweils um 10.000 EUR auf dann 5.000 EUR reduziert.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**I100110001 Lindenstraße 7 (Alte Kaserne)**

Bürgermeister Sommer schlägt vor, den Ansatz in Höhe von 15.000 EUR für die Sanierung der Liegenschaft Lindenstraße 7 (I100110001) zu streichen. Hier gäbe es bereits einige Kaufinteressenten.

**Beschluss:**

Der Haushaltsansatz in Höhe von 15.000 EUR für die Lindenstraße 7 (I100110001) wird gestrichen. Für eventuell notwendige Immobilienanzeigen oder sonstige mit einer Veräußerung entstehenden Aufwendungen werden im Ergebnishaushalt unter Kostenstelle 1001-100 Aufwendungen in Höhe von 5.000 EUR veranschlagt.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

Ausschussvorsitzender Matyschik behandelt die weiteren, bereits schriftlich vorgelegten Anträge.

**Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen „E-Tankstellen in den Ortsteilen“**

Für die Installation von E-Tankstellen in den Ortsteilen sollen in den Jahren 2021 und 2022 jeweils 30.000 EUR bereitgestellt werden.

Ausschussmitglied Leist teilt mit, dass die Gemeinde hier aus seiner Sicht nur festlegen kann, wo E-Tankstellen zur Verfügung gestellt werden sollten, aber nicht selbst Betreiberin dieser Tankstellen sein kann.

Nach erfolgter Diskussion lässt Ausschussvorsitzender Matyschik über den Antrag abstimmen.

Beratungsergebnis: 1 Ja Stimme(n), 6 Nein Stimme(n), 0 Enthaltung(en)

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt den Gemeindevorstand, mit Betreibern von E-Tankstellen Kontakt aufzunehmen und Standorte und Möglichkeiten zu erörtern.

Beratungsergebnis: 6 Ja Stimme(n), 0 Nein Stimme(n), 1 Enthaltung(en)

Stellvertretendes Ausschussmitglied Sitzmann erfragt die Gesamtplanung für die Verkehrsanlage Straßenquerung Am Oberloh.

Bürgermeister Sommer erläutert die Maßnahme und betont, dass hier die größtmögliche Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer geschaffen werden muss.

Ausschussmitglied S. Sommer schlägt vor, auch die Parkplätze an der Sporthalle entsprechend zu ertüchtigen.

Bürgermeister Sommer antwortet, dass hier die Mittel der Jagdgenossenschaft für den weiteren Ausbau des Weges verwendet werden sollen und in diesem Zuge auch der Parkplatz ertüchtigt werden könnte. Diese Maßnahme soll aber erst im Jahr 2022 durchgeführt werden.

**Beschluss:**

Für die Herstellung der Parkplätze und die Fortführung des Weges im Bereich der Sporthalle Oberloh werden im Investitionsplan für das Jahr 2022 insgesamt 60.000 EUR zur Verfügung gestellt. Die teilweise Gegenfinanzierung der Maßnahme erfolgt durch die Zuwendung der Jagdgenossenschaft in Höhe von 30.000 EUR.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**I130210103 Sanierung Trauerhalle Wehrheim**

Ausschussmitglied S. Sommer beantragt im Namen der Fraktion der CDU für die Sanierung der Trauerhalle Wehrheim (I130210103) bereits im Haushaltsjahr 2021 für die Durchführung von ersten Sanierungsmaßnahmen einen Betrag in Höhe von 10.000 EUR bereitzustellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**I130310002 Aufarbeitung Ausgleichsmaßnahmendefizit**

Für die Aufarbeitung des Ausgleichsmaßnahmendefizits sollen auch in den Jahren 2022-2024 jeweils 5.000 EUR bereitgestellt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

**I150211010 Lüftungsanlage Bürgerhaus Wehrheim**

Ausschussmitglied S. Sommer beantragt im Namen der Fraktion der CDU, die Haushaltsansätze für die Erneuerung der Lüftungsanlage in den Jahren 2023 und 2024 jeweils um ein Jahr in die Jahre 2022 und 2023 vorzuziehen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

Ausschussmitglied Schumann stellt fest, dass keine Planungen für ein neues Baugebiet im Haushalt berücksichtigt sind.

Bürgermeister Sommer antwortet, dass keine Planungskosten für ein Baugebiet veranschlagt werden können, welches es aktuell noch nicht gibt. Sollte sich kurzfristig etwas ergeben, können die Kosten über die veranschlagten allgemeinen Planungskosten abgedeckt werden.

Über die Veranschlagung von Planungskosten für ein neues Baugebiet wird im Rahmen der Haushaltsberatungen 2022 erneut beraten.

#### **Antrag der Fraktion der SPD**

##### **Verbesserung der Arbeitssicherheit im Bereich der Kindertagesstätten unter Berücksichtigung der zunehmend pflegerischen Aufgaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

Zusätzlich sollen 30.000 EUR für die kurzfristige Erstellung eines Konzeptes zur Verbesserung der Arbeitssicherheit im Bereich der Kitas unter Berücksichtigung der zunehmend pflegerischen Aufgaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – Kostenstelle 0604-100, Nr. 13, bereitgestellt werden.

Zusätzlich sollen 200.000 EUR für die kurzfristige Durchführung im Rahmen der Pandemie bevorzugte Maßnahmen, aus dem oben erwähnten Konzept, Kostenstelle 0604-100, Nr. 06, bereitgestellt werden.

Ausschussmitglied Fuß begründet den Antrag ausführlich mündlich.

Nach einer längeren Diskussion stellt Ausschussmitglied S. Sommer den Antrag, im Haushaltsplan 2021 insgesamt 10.000 EUR für die Prüfung von Maßnahmen, welche kurzfristig umgesetzt werden können, zu veranschlagen. Die Veranschlagung erfolgt im Ergebnishaushalt unter Kostenstelle 0604-100.

Im Verlauf der weiteren Diskussion werden die bereitzustellenden Mittel auf 20.000 EUR erhöht.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

Ausschussmitglied Fuß zieht daraufhin den Antrag im Namen der Fraktion der SPD zurück.

Bürgermeister Sommer ergänzt abschließend, dass, sofern Maßnahmen bereits jetzt umzusetzen waren, diese zum Schutze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits umgesetzt wurden.

#### **Prüfantrag der Fraktion der SPD**

##### **Bereitstellung eines Fahrdienstes mit dem Gemeindebus zu den Impfzentren in Ausnahmefällen**

Obwohl ab dem 09.02. die regionalen Impfzentren geöffnet werden, stellt der Weg dorthin für den /die ein oder anderen/ andere Mitbürger/in noch eine große Hürde dar.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Verwaltung im Vorfeld der HFA-Klausur am 06.02. zu prüfen, ob die Gemeinde in Ausnahmefällen einen Fahrdienst mit dem Gemeindebus anbieten könnte und ob dafür sicherheitshalber zusätzliche Gelder in der entsprechenden Haushaltsstelle eingestellt werden sollten.

Nach ausführlicher Diskussion wird der Antrag zurückgezogen.

**Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen  
Planungskosten Zisternenprogramm**

Für Maßnahmen der Trinkwassereinsparung, Wasserrückhaltung (Regenwasserzisternen) und dem Schutz und Schonung von Grundwasservorkommen sollen für das Jahr 2021 insgesamt 20.000 EUR und für das Jahr 2022 insgesamt 40.000 EUR bereitgestellt werden.

Beratungsergebnis: 1 Ja Stimme(n), 6 Nein Stimme(n), 0 Enthaltung(en)

**Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen  
Beratungskostenzuschuss Photovoltaikprogramm 500 Dächer**

Für Beratungskostenzuschüsse im Rahmen des Photovoltaikprogramms 500 Dächer sollen Aufwendungen in Höhe von 20.000 EUR eingeplant werden.

Beratungsergebnis: 1 Ja Stimme(n), 6 Nein Stimme(n), 0 Enthaltung(en)

**Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen  
Energieberatungskostenzuschuss**

Der Klimawandel bedingt, dass im Wohnungsbau auf Energieeffizienz geachtet werden muss. Um hier einen Anreiz zu geben, sollte die Gemeinde zusätzlich zu den Zuschüssen vom Bund Anreize schaffen. Der trägt max. 1.300 EUR an Beratungskosten. 20.000 EUR für das Jahr 2021

Beratungsergebnis: 1 Ja Stimme(n), 6 Nein Stimme(n), 0 Enthaltung(en)

**Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen  
Planungskosten für Bauen im Bestand**

In der Gemeinde Wehrheim besteht ein akuter Mangel sowohl an bezahlbarem Wohnraum als auch an allg. Wohnungs- und Hausbau. In der Gemeinde gibt es derzeit noch unbebaute Flächen im Bestand. Deshalb ist diesbezüglich eine entsprechende Planung notwendig.

Beratungsergebnis: Antrag zurückgezogen

Stellvertretendes Ausschussmitglied Sitzmann verlässt die Sitzung.

Ausschussmitglied Leist beantragt, einen einmaligen coronabedingten Zuschuss in Höhe von 1.500 EUR an die Musikschule zu gewähren. Die Gegenfinanzierung soll über die Streichung des Haushaltsansatzes für Zuschüsse für die Nutzung eines Spülmobiles in gleicher Höhe erfolgen. Der Zuschuss ist einmalig. Der Zuschuss für die Nutzung eines Spülmobiles wird im Haushaltsjahr 2022 wieder bereitgestellt.

Beratungsergebnis: 6 Ja Stimme(n), 0 Nein Stimme(n), 0 Enthaltung(en)

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen zum Haushalt mehr gibt, lässt Ausschussvorsitzender Matyschik über die einzelnen Bestandteile des Haushaltsplans 2021 abstimmen:

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss wird gebeten, gegenüber der Gemeindevertretung eine Empfehlung für

- a) den Haushaltsplan nebst Stellenplan 2021
- b) das Investitionsprogramm und die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2021 bis 2024
- c) die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021

unter Berücksichtigung der Veränderungen aus den Haushaltsberatungen abzugeben.

Beratungsergebnis:

- a) 6 Ja Stimme(n), 0 Nein Stimme(n), 0 Enthaltung(en)
- b) 6 Ja Stimme(n), 0 Nein Stimme(n), 0 Enthaltung(en)
- c) 5 Ja Stimme(n), 1 Nein Stimme(n), 0 Enthaltung(en)

#### **4 Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Ausschussvorsitzender Matyschik um 14.12 Uhr die Sitzung.

---

Oliver Matyschik  
Ausschussvorsitzender

---

Benjamin Sturm  
Schriftführer